

Änderungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Christa Luft, Dr. Heinrich Fink, Dr. Bärbel Grygier, Dr. Ilja Seifert und der Fraktion der PDS

**zu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien
(23. Ausschuss)
– Drucksache 14/9660 –**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1752 –**

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/3673 –**

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Dr. Sabine Bergmann-Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/9023 –**

Historische Mitte Berlin

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, Monika Griefahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/9222 –**

Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin

- e) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/9243 –

Wiederherstellung der historischen Mitte Berlins

- f) zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Heinrich Fink, Roland Claus und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4402 –

Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte

- g) zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Christa Luft, Dr. Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/9244 –

Die Mitte der Spreeinsel als offenes Bürgerforum gestalten – Empfehlungen der Expertenkommission öffentlich diskutieren

Der Bundestag wolle beschließen:

1. – Buchstabe a der Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:
 - „a) folgende EntschlieÙung anzunehmen:
 1. Der Deutsche Bundestag plädiert ebenso wie die Internationale Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ für eine weitgehende öffentliche Nutzung des Areals des Berliner Schlossplatzes und der angrenzenden Gebäude und nimmt das von der Kommission vorgeschlagene Nutzungskonzept zum Ausgangspunkt für das weitere Erörterungs- und Planungsverfahren. Insbesondere würdigt der Deutsche Bundestag das Bemühen der Kommission um die Aufarbeitung der verschiedenen Gestaltungsvarianten, die durch eine Vielzahl von Voten in dem Bericht zum Ausdruck kommen.
 2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Entscheidung von Bundesregierung und Berliner Senat vom 15. Mai 2002 zur Erarbeitung eines Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes für die Neugestaltung des Schlossplatzes durch eine Arbeitsgruppe Bund/Berlin. Dabei muss es vor allem um die Fortentwicklung des vorgeschlagenen Nutzungskonzeptes in Abstimmung mit den in Frage kommenden Hauptnutzern bis zur Planungsreife, die Überprüfung der Angemessenheit von Bauvolumen und Flächenbedarf sowie die künftige Trägerschaft gehen. Ferner soll das vorgeschlagene Modell einer privat-öffentlichen Finanzierung auf seine Umsetzbarkeit überprüft werden.
 3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit dem Berliner Senat einen Zeitplan für die weiteren Verfahrensschritte zur Entwicklung des Areals festzulegen. In die-

sem Zusammenhang soll nach Abschluss der Asbestsanierung am Palast der Republik ein Zwischennutzungskonzept vorgelegt werden.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Empfehlung der Kommission, sich bei der Neubebauung des Schlossplatzareals an der Lage und Kubatur des ehemaligen Schlosses zu orientieren. Die Frage der Fassadengestaltung ist unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Kommission in einem auszulobenden Architekturwettbewerb zu klären. Neben zeitgenössischen, modernen Lösungen soll dabei die Rekonstruktion historischer Fassaden ebenso möglich sein wie die Einbeziehung nutzbarer Teile des als Rohbau verbliebenen Palastes der Republik.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den weiteren Verfahrensschritten zur Entwicklung des Areals die Öffentlichkeit in allen Etappen zu informieren und angemessen einzubeziehen.“

– Buchstabe a Nr. II entfällt.

2. – Buchstabe b wird wie folgt geändert:

„die Anträge auf den Drucksachen 14/1752, 14/3673, 14/4402, 14/9023, 14/9222, 14/9243 und 14/9244 für erledigt zu erklären.“

– Die Buchstaben c und d werden gestrichen.

Berlin, den 3. Juli 2002

Petra Pau
Dr. Christa Luft
Dr. Heinrich Fink
Dr. Bärbel Grygier
Dr. Ilja Seifert
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Mit den Änderungen der in Buchstabe a aufgeführten Entschließung werden im Wortlaut Teile aus dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und PDS des Berliner Abgeordnetenhauses vom 13. Juni 2002 (Drucksache 15/561) in die Entschließung des Deutschen Bundestages aufgenommen.

Mit dieser Entschließung wird eine inhaltliche Übereinstimmung zwischen dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung, dem Senat und der Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhauses zum Umgang mit sowie in der Bewertung und Würdigung der Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ hergestellt. Dies ist für den weiteren, einvernehmlichen Fortgang des Projektes der zukünftigen Gestaltung der Historischen Mitte der Bundeshauptstadt unabdingbar.

Auf eine Abstimmung über die architektonischen Fragen nach Buchstabe a Nr. II in den zwei aufgeführten Alternativen wird verzichtet.

Dies ist angesichts der offenen Fragen zur Nutzung, Bauträgerschaft und Finanzierung sinnvoll und entspricht der Logik des Abschlußberichtes der Expertenkommission. Die Bundesregierung erklärt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS am 10. Juni 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9465): „Die

architektonischen und finanziellen Empfehlungen der Kommission können erst auf Grundlage eines vollständig durchgearbeiteten Nutzungskonzepts verlässlich bewertet werden. ... Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben sich am 15. Mai 2002 auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien und unter Beteiligung der von der Kommission vorgeschlagenen Nutzer sowie der auf Bundes- und Landesebene beteiligten Stellen verständigt. Die Arbeitsgruppe soll unter Berücksichtigung des Abschlussberichtes der Kommission ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept erarbeiten.“

Mit Annahme der geänderten Entschließung können im Buchstaben b die sieben vorliegenden Anträge aus allen Bundestagsfraktionen für erledigt erklärt werden.